



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: England

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

England



Während man in Deutschland nichts Besseres zu kennen scheint, als sich gegenseitig für den unglücklichen Ausgang und namentlich für die Folgen des Krieges verantwortlich zu machen und die ohnehin nicht sehr große Aktionskraft der Regierung dadurch lähmt, daß man sie zwingt, bei jedem beabsichtigten Schritte nach außen dem Eindruck nach innen Rechnung zu tragen, versäumt man es durchaus, den Blick auf die andern Länder zu richten und sieht nicht, daß selbst bei den Siegern die Tatsache, daß ein großer die Gesamtkräfte der Nation in Anspruch nehmender Krieg geführt wurde, auf den meisten Gebieten des öffentlichen Lebens geradezu katastrophale Folgen gezeitigt hat. Daß Italien seines Sieges nicht froh geworden ist, geben dort sogar die Nationalisten zu. Wie schwer Frankreich leidet, wird sich erst, abgesehen von dem Sturz seiner Valuta und der schweren Transportkrisis, die, nebenbei gesagt, auch nicht die geringste Ursache der Verzögerung bei der Herausgabe unserer Gefangenen bildet, im nächsten Jahre bei der Beratung der neuen Steuergesetze erweisen. Sogar Amerika hat, wie im vorletzten Heft angedeutet wurde, unter den Folgen des Krieges zu leiden. Am interessantesten und lehrreichsten aber liegt wohl der Fall in England, das außenpolitisch zweifellos den größten Erfolg im Kriege davongetragen hat. Nicht als ob alle inneren Schwierigkeiten Englands ausschließlich auf den Krieg zurückzuführen seien. Eine gewisse Parlamentsmüdigkeit, die wachsende Tyrannei der Gewerkschaften bestanden schon vor dem Kriege und die irische Frage war schon im Frühling 1914 in solchem Maße akut geworden, daß ganz Kluge uns Englands Teilnahme am Kriege aus seiner Absicht erklären wollten, sich der Lösung dieser Frage zu entziehen. (Etwa so, als wollte man in ein brennendes Feuer stürzen, um sein baufälliges Haus nicht ausbessern zu brauchen.) Aber der Krieg hat doch hier wie in andern Ländern die Entwicklung reisender Probleme beschleunigt und, da auch hier die Parteien oder besser gesagt die einzelnen Interessengruppen die Schwierigkeiten, die sich der Regierung naturgemäß aus der Liquidierung des Krieges, sowie aus der Umstellung in den Friedenszustand ergaben, zur Durchbringung ihrer Sonderwünsche benutzt haben, teilweise sogar überstürzt. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich natürlich auch aus der Tatsache, daß der sogenannte Friedenszustand, das heißt ein Zustand, wie er vor dem Kriege bestand, selbstverständlich auf keinen Fall wiederherzustellen ist. Daraus erklärt sich aber die weitverbreitete Unzufriedenheit und die Anforderungen, die heute an die ohnehin schon durch die gesteigerten Lasten der regulären Verwaltung in Anspruch genommene englische Regierung gestellt werden, sind ins Unerhörte gestiegen.

Allerdings ist auch ihre Machtstellung nach innen hin, scheinbar wenigstens, ganz außerordentlich stark. Es ist bei uns wenig beachtet worden, daß das Ergebnis der Dezemberwahlen für die englische Regierungspraxis eine ganz ungewöhnliche Neuerung darstellt. In richtiger Erkenntnis, daß die Friedenskonferenz eine außenpolitische Angelegenheit darstellte, zu deren möglichst vorteilhafter Durchführung alles darauf ankam, die Stellung des englischen Vertreters dadurch möglichst stark zu machen, daß sich der größte Teil der Nation geschlossen hinter ihn stellte, wurde Lloyd George und seinem Kabinett eine Diktatorstellung eingeräumt, die man sich innenpolitisch wohl gehütet haben würde, in dieser absoluten Machtvollkommenheit jemals einer Regierung zuzugestehen. Das Normale wäre gewesen, daß man die Friedensverhandlungen durchaus als Fortsetzung des Krieges betrachtet hätte und vielleicht ist der Eifer, mit dem sich die Konservativen für aktives Eingreifen in Rußland einsetzten, zum Teil auf ein ganz richtiges Gefühl dafür zurückzuführen. Es zeigte sich jedoch, daß beim Waffenstillstand auch England an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen war, für das Gefühl des Volkes war mit dem Waffenstillstand auch der Friede da, die Ungeduld langer und oft enttäuschter Hoffnung ließ sich nicht länger aufhalten und verlangte nach schneller Umstellung in einem Maße, daß niemand

die Kraft gehabt hätte, die durch weitere und anscheinend ungerechtfertigte Aufrechterhaltung des Kriegszustandes entstehenden Kosten und Lasten zu rechtfertigen. So ergaben sich aus der Umstellung sofort alle natürlichen Schwierigkeiten: Arbeitslosigkeit, Teuerung, Neueinstellung der Industrie, Ausgleich zwischen den Anforderungen von Ein- und Ausfuhr usw., deren Lösung wegen der Langwierigkeit der Pariser Verhandlungen nicht zurückgestellt werden, aber gerade infolge der nur auf die Außenpolitik berechneten Machtvollkommenheit der Regierung nicht in befriedigender Weise gelöst werden konnten. Denn innerpolitisch bildet in parlamentarisch regierten Ländern jede allzu erdrückende Regierungsmehrheit, die sich aus einer Koalition zusammensetzt, für die Regierung selbst eine Gefahr, weil ihre Energie, durch keine kräftige Opposition mehr zusammengehalten, sich infolge der innerhalb der Koalition bestehenden inneren Widersprüche jeden Augenblick gelähmt sieht und sich zu zersehen droht. Die Dezemberwahlen, außenpolitisch von gar nicht hoch genug einzuschätzendem Vorteil, haben das Land innerpolitisch, wo es nicht mehr lediglich darauf ankam, den Krieg zu gewinnen, sondern Probleme zu lösen, denen die verschiedenen Mitglieder der Koalition verschieden gegenüberstehen, in eine bisher beispiellose Verwirrung gestürzt. Sie haben die Oppositionspartei nicht lediglich in die Defensive gedrückt, sondern völlig zertrümmert, so daß das ganze bisherige englische Schaukelssystem von Partei zu Gegenpartei über den Haufen geworfen ist. „Manchester Guardian“ drückte diese Situation am 18. September mit folgenden Worten aus: „Lloyd George ist ein Führer ohne Partei und es gibt gegenwärtig keine Partei, die nach der Führerschaft strebt.“ Es ist gar nicht anzunehmen, daß Lloyd George persönlich so viel daran gelegen ist, am Ruder zu bleiben, es ist aber niemand da, der augenblicklich die Regierung übernehmen könnte. Asquith ist nicht mehr im Unterhaus, und Lord Robert Cecil, der als der kommende Mann bezeichnet wird, hat vorläufig keine Mehrheit, auf die er zählen könnte und ist als Verteidiger der rücksichtslosen Blockade und der politischen Geheimverträge für die Liberalen vorläufig allzu schwer belastet. Sehr lehrreich ist in dieser Beziehung das Prognostikon, das am 19. September Lord Salbane über den Ausfall von neuen Wahlen abgegeben hat. Sie würden, meinte er, in runden Ziffern ergeben: 120 Arbeiter, 100 Freie, 100 alte Konservative, 100 moderne Konservative der Partei Lord Robert Cecils, 180 Liberale, 100 Freunde Lloyd Georges, also eine neue Koalition nötig machen, die sich ganz den gleichen grundsätzlichen Schwierigkeiten gegenübersehen würde, wie die gegenwärtige. Unter diesen Umständen hat Lloyd George zunächst versucht, die Koalition fester zusammenzuschließen. Ende Juli forderte Churchill zur Bildung einer Einheitspartei auf, in der die großen Gegensätze über Schutzzoll und Freihandel vor den brennenderen Problemen zurückgestellt werden sollten. Aber die Opposition im Lande wuchs. Auf den ersten neun Ersatzwahlen ist der Stimmenanteil der Koalition von insgesamt 95 882 auf 69 388 Stimmen zurückgegangen, der der zersplitterten Opposition von 55 158 auf 81 944 gestiegen und wenn dabei außer fünf Oppositionellen vier Koalitionsanhänger gewählt wurden, so dankte Lloyd George den Erfolg der letzteren weniger seinem eigenen Prestige als der Abneigung und Furcht des Landes vor den extremen Elementen der Arbeiterpartei. Angesichts dieser Entwicklung scheint er einen Augenblick daran gedacht zu haben, den ganzen rechten Flügel seiner Koalition fahren zu lassen und sich dafür bei den Arbeitern Ersatz zu suchen. Wenigstens wurde sein Mitte September herausgekommenes Flugblatt „The Future“, das u. a. die Achtundvierzigstundenswoche, angemessene Löhne, Mitwirkung der Arbeiter bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen, finanzielle Beteiligung der Arbeiter am Arbeitsergebnis, Vertretung der Arbeiterchaft in Kontrollräten der Bergbauindustrien versprach, allgemein als großes Entgegenkommen gegen die Arbeiter aufgefaßt. Da kam ihm der Eisenbahnerstreik zu Hilfe.

Entstehung, Verlauf und Ausgang des Eisenbahnerstreits sind überaus kennzeichnend für die ganze Lage in England, für die mit Explosionsstoff geladene

Atmosphäre, für den starken, wenn auch nicht nachhaltigen Einfluß der Extremisten, die wohl Kraft genug zu starken Vorstößen haben, aber wie auch bei ihren Forderungen nach „direkter Aktion“ und anlässlich der Generalstreikdrohung zur Erzwingung der Einstellung einer Antibolschewistenpolitik deutlich geworden ist, das Land sofort gegen sich haben, wenn sie Miene machen, die öffentliche Meinung zu vergewaltigen, für den vorläufig noch schwebenden Charakter der Arbeiterfragen, für die Nervosität der Arbeiterführer, die Entschlossenheit der Regierung, sich nicht überrumpeln zu lassen, sowie endlich für die wahrhaft bewundernswerte zivilisierte Disziplin, die sowohl die Arbeitermassen wie das Publikum bewiesen haben. Da der Eisenbahnerstreik die Schwierigkeiten, denen sich die Regierung gegenüber befindet, deutlich zutage treten läßt, ist es gut, etwas näher auf ihn einzugehen. Schon vor dem Kriege waren die Löhne der Eisenbahner verbesserungsbedürftig erschienen. Der status quo sollte bis zum November 1914 laufen und dann irgendwie geändert werden. Als der Krieg ausbrach, erklärten die Arbeiter im Interesse der inneren Ruhe und Festigkeit des Landes auf die Regelung vorderhand verzichten zu wollen. Damals betrug der Lohn im Gesamtdurchschnitt für alle Arbeiterkategorien 25 Schilling wöchentlich. Bis 1918 stiegen die Zulagen, wiederum gleichmäßig für alle Kategorien, auf 33 Schilling wöchentlich. Im November 1918 wurde dann vereinbart, daß für jede fünf Prozent Senkung für die Kosten des Lebensunterhalts ein Schilling wöchentlich wegfallen sollte. Da aber durch diese gleichmäßigen Zulagen die vor dem Kriege weniger gut entlohnnten Arbeiter gegenüber den höher bezahlten begünstigt waren, drängte man auf baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen, die sich jedoch bei der ganzen Lage als so schwer übersehbar erwiesen, daß man sich, bevor man weiterging, um entstandene Befürchtungen der Arbeiterschaft zu beruhigen, im März darauf einigte, die gegenwärtigen Löhne auf alle Fälle, also auch bei etwaiger Senkung der Preise, bis 31. Dezember 1919 beizubehalten. Die Unterhandlungen wurden fortgesetzt, erwiesen sich aber als sehr schwierig, da man danach strebte, die Löhne der Eisenbahner im ganzen Reich zu vereinheitlichen, sowie denen der übrigen Arbeiter möglichst gleichzustellen. Endlich traten im August die Arbeiter mit neuen Vorschlägen hervor, die zunächst von der Regierung abgewiesen, dann, von den Arbeitern revidiert, aufs neue vorgebracht wurden. Die Regierung, die unter allen Umständen die Löhne abbauen will, erklärte nun, sie stände grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß jeder neue Normallohn geringer sein müßte, als die Summe des alten plus Kriegszulage, und die Differenz, die zwischen dem neuen Lohn und dem gegenwärtig gezahlten bestände, als eine Art Kriegsgewinn zu betrachten sei, der mit dem Sinken der Preise verschwinden müsse. Die Arbeitervertreter wandten dagegen ein, daß diese Anschauung keineswegs grundsätzlich auf alle Arbeiterkategorien gleichmäßig anwendbar sei, indem z. B. für Lokomotivführer sich heute angesichts der Preise der alte Lohn plus Kriegszulage im Vergleich mit dem Lohn von 1914, der doch schon seit 1889 bestand, um 32,5 Prozent niedriger stelle. Ein Vertreter der Eisenbahngesellschaften erklärte, die von den Eisenbahnern geforderten Löhne würden nach seiner Berechnung eine Erhöhung der Eisenbahneinkünfte um 120 Millionen Pfund nötig machen, die Arbeiterfochten die Richtigkeit der Ziffern an und wandten ein, daß die Höhe der augenblicklichen Lasten nicht als normal anzusehen sei und daß die während des Krieges bestandene Vereinheitlichung der verschiedenen Systeme bewiesen hätte, daß bei der Verwaltung Ersparnisse zu machen seien. Damit war man hart an die Frage der Rationalisierung herangekommen und die Regierung zog es vor, nun ihrerseits mit Vorschlägen hervorzutreten. Sie tat das in einer Form, die später zwar als Folge eines Mißverständnisses hingestellt wurde, die aber doch wohl die Absicht verriet, die Angelegenheit zu beschleunigen oder das Land gegen die Extremisten einzunehmen und den Streik als politisches Kampfmittel zu diskreditieren. Der Regierungsvertreter nämlich stellte die neuen Vorschläge nicht als Grundlage weiterer Verhandlungen, sondern als letztes Wort der Regierung hin. Das konnten sich die Führer, die fürchten mußten, die Gewalt über die radikalen Elemente zu

verlieren und durch eintretende Schwächung der Gewerkschaftsautorität die ganze Arbeiterbewegung zu spalten, nicht bieten lassen und forderten in der Form eines Ultimatums neue Vorschläge der Regierung. Diese aber ließ das ganze Land wissen, daß ihre letzten Vorschläge zu den siebenundvierzig Millionen Vorkriegslöhnen einschließlich der durch Einführung des Stundentages, der Erhöhung der Nachtschichten usw. erforderlichen Vermehrung eine Gesamtlohnerhöhung von fünfundsechzig Millionen Pfund bedeuteten und blieb fest. Der Streik brach aus und hatte, während das Publikum sich heroisch benahm und wie immer, wenn in England wirklich Not am Mann ist, die Regierung rückhaltlos und tätig stützte, sofort die gesamte öffentliche Meinung gegen sich. Eine Kampfsmethode, die das gesamte Leben des Landes lahmlegte, erschien als allem parlamentarischen Unus widersprechend und unfair und man fragte sich, was aus England werden würde, wenn solche Methoden einrissen und beispielsweise bei Wahlniederlagen etwa alle Liberalen oder alle Konservativen auf einmal nicht mehr mittun wollten. Die Arbeiter fühlten das recht wohl und gaben sich bereits nach wenigen Tagen mit einem Kompromiß zufrieden: die Verhandlungen sollten fortgesetzt werden, während die gegenwärtigen Löhne bis September 1920 beibehalten werden und dann erst abgebaut werden sollen, wenn inzwischen die Preise für die Lebenshaltung gesunken sind. Praktisch ist damit für die Regierung allerdings nichts erreicht: Ob die Preise sich tatsächlich beträchtlich senken werden, erscheint bei der schlechter werdenden englischen Valuta und der immer noch in wichtigen Wirtschaftszweigen, zum Beispiel in der Bergwerksindustrie herrschenden Unruhe zweifelhaft, und im übrigen ist die ganze Angelegenheit ja nach wie vor in der Schwebe, aber politisch zeigt sich der Erfolg nicht nur in dem Koalitionssieg bei der letzten unmittelbar unter dem Eindruck des Eisenbahnerstreiks stehenden Ersatzwahl in Rusholme, sondern auch in den inzwischen bekannt gewordenen Äußerungen Lloyd Georges zur Bergwerksnationalisierung. Über die Grundzüge des Problems ist an dieser Stelle, Grenzboten Heft 32, gehandelt worden. Auf dem Gewerkschaftskongreß im Oktober nun, der sich mit überwältigender Mehrheit für die Ergebnisse Sanheys ausgesprochen hat, ist Lloyd George nicht nur von diesem, sondern sogar von dem weit gemäßigteren Ducham-Schema, das an Stelle der Nationalisierung der Bergwerke nur eine staatliche Kontrolle einführen wollte, abgerückt und der Eisenbahnerstreik gab ihm eine willkommene Gelegenheit, darauf hinzuweisen, ein wie gefährliches Experiment eine Verstaatlichung sein würde. Daß trotz des Abstimmungsergebnisses die extremistischen Vertreter der direkten Aktion auch sonst an Einfluß verloren haben, beweist die ebenfalls auf dem Kongreß gehaltene Rede des Jahrespräsidenten Stuart Bunning, der die direkte Aktion mit Recht als Verneinung des parlamentarischen Regierungssystems kennzeichnete. „Ein berühmter Mann“, hieß es weiter, „hat die Fähigkeit, rechtzeitig anzuhalten, als das Geheimnis des Erfolgs der parlamentarischen Institutionen Englands in der Vergangenheit erklärt. Hoffen wir, daß die organisierte Arbeiterschaft zur rechten Zeit anhalten wird. Die Politik der Herren Smillie, Hodges und Williams ist so unzweideutig staatsfeindlich, daß wir nicht verstehen, warum man sie nicht auf Grund des Landesverteidigungsgesetzes, solange es noch in Kraft ist, festnimmt. Die Naturalisierungspolitik ist überraschend einfach. Das Vereinigte Königreich zählt jetzt einige zwanzig Millionen Wahlberechtigte. Die Gewerkschaften haben sicher fünf Millionen Mitglieder, vielleicht noch mehr. Nun sind 25 Prozent der Gesamtstimmen völlig hinreichend, um jede Regierung zu stürzen und jede Regierung zur Herrschaft zu bringen. Smillie und Genossen wollen in der britischen Politik die Rolle spielen, die Barnell und die irischen Nationalisten so lange und so wirksam gespielt haben: im Spiel der Kräfte den Ausschlag zu geben und ihre Stimme in die Waagschale derjenigen Partei zu werfen, die ihnen das meiste verspricht und gibt.“ Daß dies System zum Bankerott führen muß, ist selbst den oppositionell gesinnten Liberalen klar, und da die Arbeiterpartei selber ihnen im September das Wahlbündnis verweigert hat, werden sie, um nicht noch

mehr ins Gedränge zu geraten, die Koalition ruhig noch eine Weile weiter stützen, und es wäre, falls die Extremisten unter den Sozialisten doch noch einmal wieder die Oberhand bekämen, nicht ausgeschlossen, daß die nächsten Wahlen innerpolitisch ähnlich wie jetzt in Frankreich unter dem Schlagwort für oder wider den Bolschewismus gemacht werden, was die Stellung der Sozialisten nicht gerade stärken würde. Innerhalb dieser großen Grundlinien erscheint der Erfolg der Arbeiter bei den Gemeindevahlen nur als Episode, besonders da er auf Wahlfaulheit der Bürgerlichen beruht. Aber gerade diese Faulheit beweist doch auch, wie geringe Bedeutung den Gemeindevahlen zuerkannt wird.

Scheint also infolge der Sozialistengefahr der Bestand der Koalition noch bis auf weiteres nicht ernstlich gefährdet, so bleiben doch auch alle mit ihrer Existenz verbundenen Mißlichkeiten bestehen. Lloyd George ist weiter auf sich gestellt, kann aber in wichtigen Fragen keinen entschiedenen Schritt tun, ohne die Stellung der Regierung als solcher schwer zu gefährden. Wenn seine von der Zuhörerschaft fast stets mit Begeisterung aufgenommenen Reden, in denen er stets schlagende Argumente wider seine Gegner vorzubringen weiß, bei kühler Betrachtung vage und leer erscheinen, so liegt das höchstwahrscheinlich gar nicht daran, daß er selber kein bestimmtes Programm hat, sondern weil er nicht davon reden kann, ohne sogleich infolge der heterogenen Zusammensetzung seines Kabinetts, das jetzt aus 11 Unionisten, 8 Liberalen und 1 Arbeiterführer besteht, im Handeln gehemmt zu sein. Ein gut Teil seiner wenigstens scheinbaren Tatenlosigkeit in der irischen Frage ist sicher auf diesen Zustand zurückzuführen. Die allgemeine Situation in Irland ist bereits in Heft 30 der Grenzboten umrissen worden. Inzwischen hat die Lage eine bedeutende Verschärfung erfahren. Schon die Tatsache, daß in Irland, abgesehen von der verstärkten Polizei, 55 000 Mann regulärer Truppen stehen, spricht deutlich genug. Das Regiment Lord French läßt an Energie kaum zu wünschen übrig. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Zeitungsverbote sind an der Tagesordnung. Aber auch der Widerstand ist noch beständig im Wachsen begriffen. Die Sinn-Fein-Regierung verfügt über sehr feste Freiwilligen-Organisationen, Überfälle auf Polizisten und Soldaten, Muechel-morde, die wiederum Soldatenausschreitungen hervorrufen, sind etwas ganz alltägliches, die Polizei ist machtlos, weil die Bevölkerung aus Furcht vor der Rache der Sinn-Feiner keine Aussagen machen will. Die Militärdiktatur ist infolgedessen bedeutend verschärft und die Strafgewalt der Kriegsgerichte erweitert worden. Wie notwendig das letzten Endes ist, beweist die Mitte September in Dublin gemachte Entdeckung eines neuen für den Oktober geplanten großen Protestunternehmens, die neue Unruhen zur Folge hatte. Andererseits tritt, die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes dadurch immer greifbarer hervor und dem Vernehmen nach ist der neue Regierungsplan für irisches Home-Rule denn auch jetzt fertiggestellt. Es soll ein Parlament für ganz Irland gegründet werden, doch soll jede einzelne Grafschaft das Recht haben, darüber abzustimmen, ob sie sich unter dies Parlament stellen will oder nicht. Die Grafschaften sollen Autonomie erhalten, die Befugnisse des Parlaments sollen mit Ausnahme für die Schutzzölle etwa denen der Dominionen entsprechen. Nach dem, was früher an dieser Stelle gesagt worden ist, sieht es nicht gerade danach aus, als ob dieser Plan Beifall finden wird.

Aber die Verlegenheiten der englischen Regierung sind damit nicht erschöpft. Das Parlament benutzt jede Gelegenheit, zum Beispiel die Besprechung der Intervention in Rußland und das Gesetz über die Zulassung der Ausländer, um der Regierung seine Unzufriedenheit auszudrücken. Die Besetzung wichtiger Regierungsstellen mit nicht parlamentarischen Sachverständigen, die aus seiner Arbeitsüberlastung wohl erklärliche häufige Abwesenheit des Premierministers haben an sich nicht ungerechtfertigte Klagen über Eigenmächtigkeit der Regierung und als Umgehung der parlamentarischen Kontrolle veranlaßt, die größte Befürchtung aber hat die Revision des Budgets hervorgerufen. Schon im August hatte der Finanzminister ausgerufen: Wir gehen dem Bankerott entgegen. In-

zwischen hat sich aber herausgestellt, daß infolge des Aufschubs in der Demobilisierung — allein in der Türkei und Syrien stehen noch besonders infolge der anatolischen Nationalistenbewegung aber auch wegen der Vorgänge in Syrien, etwa anderthalb Millionen Mann unter den Waffen, — infolge der durch die Teuerung notwendig gewordenen Erhöhung der Pensionen und des Eisenbahnerstreiks das Defizit nicht 250 sondern 473 Millionen Pfund beträgt, und selbst diese Summe ist von einem Kritiker noch als zu niedrig bezeichnet worden. Lloyd George sucht die Tadler allerdings auch angesichts dieser überwältigenden Zahlen durch Appelle an das nationale Gewissen (in der türkischen Frage) und durch seinen fröhlich zur Schau getragenen Optimismus mundtot zu machen, versichert auch noch wie vor das Menschenmögliche zu tun, um die Ausgaben einzuschränken, aber ähnlich wie in Frankreich und mehr noch in Deutschland zeigt sich, daß der durch den Krieg unermesslich angeschwollene Beamtenapparat gar nicht so ohne weiteres ausgeschaltet oder abgebaut werden kann. Auch hier zeigt sich die gleiche passive Resistenz, wie wir sie vielfach bei uns sehen, und Lloyd George beispielsweise mußte sich sagen lassen, daß allein das Munitionsmuseum heute noch 10 236 Beamte zählt. Ob unter solchen Umständen, unter den Kosten der drohenden Nationalisierung, bei dem symptomatischen Mißerfolg der letzten Siegesanleihe, den Streiks, die sich wiederholen werden, die Absicht, die gesamten Staatsschulden binnen fünfzig Jahren abzutragen, verwirklichen lassen wird, erscheint sehr fraglich. Alles wird auch hier darauf ankommen, welche Aufnahme die neuen Steuergesetze finden werden. Auch hier wird Lloyd George, falls er sich überhaupt noch in Person entschließt, welche vorzulegen, einen schweren Stand haben. Im Dezember versprach er leichtfertig: Deutschland wird alles bezahlen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß Deutschland gar nicht imstande ist, alles zu bezahlen. Wird der englische Wähler Lloyd George an seine Worte mahnen, oder wird er entschlossen zur Selbsthilfe greifen? Und die weitere Frage: ist er angesichts der Sozialistenbewegung überhaupt noch imstande, dies mit Erfolg zu tun?

Menenius



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die künftigen Grenzen Deutschösterreichs.
In meinem Aufsatz unter diesem Titel in Nr. 43 habe ich des literarischen Abwehrkampfes der österreichischen Deutschen gedacht. Es ist durch ihn reiches Material zur wissenschaftlichen Beurteilung nicht nur der neuen Grenzen, sondern auch der Lebensbedingungen des verstümmelten Staates geliefert worden, das die Zukunft vielleicht besser würdigen wird, als die Gegenwart. Die Erwiderungen von der Gegenseite sind wenig auf die Grundfragen eingegangen, wie der Leser aus ihrer Besprechung an verschiedenen Stellen der diesjährigen „Mitteilungen des Vereins Südmark“ ersehen kann. Entweder ging man in Denkschriften, die besonders in den Ententeländern viel verbreitet wurden, uns

aber nur schwer und zufällig bekannt werden konnten, auf unsere Beweisführung gar nicht ein und brachte lediglich die eigene Auffassung und eine sehr lückenhafte und einseitige Darstellung der Verhältnisse in den Sprachgrenzländern vor. Da waren Behauptungen, wie die längst widerlegte des Statistikers Adolf Ficker, daß Klagenfurt um die Mitte des 19. Jahrhunderts vorwiegend von Slovenen im ethnographischen Sinne bewohnt gewesen sei, oder die allen Tatsachen hohnsprechende Versicherung, daß die österreichische Regierung im neunzehnten Jahrhundert „germanisiert“ habe, daß Städte, die von ihrer Gründung an deutsch waren, in Wahrheit slavisch seien, falsche Darstellungen, wie die, daß an der angebliehen ethnographischen Grenze sich Ge-